

Antrag

**der Abgeordneten Antje Möller, Olaf Duge, Jens Kerstan, Anja Hajduk,
Katharina Fegebank (GAL) und Fraktion**

zur Drs. 20/411

Betr.: Alternative Wohnformen auf rechtsstaatlicher Grundlage ermöglichen

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsausschuss, den zuständigen Behörden und der Wagengruppe Zomia an einer politischen Lösung für einen Bauwagenplatz zu arbeiten und die bisherige faktische Duldung auf der jetzt genutzten Fläche in Wilhelmsburg weiter fortbestehen zu lassen.
2. Bis zum 30. August 2011 der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf für ein Hamburgisches Wohn- und Bauwagengesetz vorzulegen, das das Wohnen im Bauwagen als akzeptierte alternative Wohnform ermöglicht und fördert.